

259 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 26.
Juni 1969, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das
Bundesgesetz über die Schaffung von Ehrenzeichen für
Verdienste um die Republik Österreich neuerlich abge-
ändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sieht vor, daß anlässlich der Verleihung von Ehrenzeichen
um die Republik Österreich die Entrichtung einer Ver-
waltungsabgabe zu entfallen hat. Dadurch wird eine Gleich-
stellung der Staatsbürger erreicht, da schon bisher
einzelne Personengruppen, sofern ihnen ein Ehrenzeichen für
Verdienste um die Republik Österreich, die sie sich in
ihrem Beruf erworben haben, verliehen wurde, von der
Entrichtung der Verwaltungsabgaben befreit waren.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegen-
heiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung
am 1. Juli 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Aus-
schuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag,
der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom
26. Juni 1969, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das
Bundesgesetz über die Schaffung von Ehrenzeichen für
Verdienste um die Republik Österreich neuerlich abge-
ändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 1. Juli 1969

M a y r h a u s e r
Berichterstatter.

N o v a k
Obmannstellvertreter